



Globale Gesundheitspolitik

*Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung
Beschluss vom 29. Oktober 2018*

Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung

- bekräftigt, dass Gesundheit in Deutschland ebenso wie global zugleich Ziel, Voraussetzung und Motor für eine nachhaltige Entwicklung und die Gewährleistung eines erreichbaren Höchstmaßes an körperlicher und geistiger Gesundheit ein unveräußerliches Menschenrecht ist, bei dessen Verwirklichung niemand zurückgelassen werden darf;
- betont die Bedeutung der neuen Strategie der Bundesregierung zu Globaler Gesundheit angesichts der hohen internationalen Erwartungen an Deutschlands Engagement in der Globalen Gesundheit, die ein klares Profil, das auf den Stärken Deutschlands aufbaut, erforderlich machen;
- spricht sich dafür aus, den ressortübergreifenden Austausch zu Globaler Gesundheit zu intensivieren und
 - bittet daher BMG, mindestens einmal jährlich zu einem Jour Fixe zu Fragen der Globalen Gesundheit auf politischer Ebene einzuladen;
 - bittet die federführenden Ressorts, durch Einladung von Arbeitsgruppen in den Bereichen (1) Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen (AMR) im Sinne eines „One-Health“ Ansatzes, (2) Gesundheitsförderung und Prävention nicht übertragbarer Krankheiten, (3) Nutzbarmachung der Potenziale einer zunehmenden Digitalisierung des Gesundheitssektors sowie (4) internationales Gesundheitskrisenmanagement den interdisziplinären Austausch und die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure zu stärken;
- betont die Notwendigkeit der konsequenten Umsetzung des Globalen Aktionsplans von WHO, OIE und FAO zur Bekämpfung von Antibiotika-Resistenzen gemäß des „One-Health“ Ansatzes, der die komplexen Zusammenhänge zwischen der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt berücksichtigt;
- ist überzeugt, dass die Bekämpfung und Prävention nicht übertragbarer Krankheiten (NCDs) innovative Ansätze und einen stärkeren Fokus auf Gesundheit sowie die Reduzierung von gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen in allen Politikbereichen erfordern;
- kündigt die Durchführung einer Dialogveranstaltung zum Thema „Digitalisierung in der Globalen Gesundheit“ durch BMG und BMZ an, die insbesondere in den Bereichen Big Data und Künstliche Intelligenz den intersektoralen Austausch und die Entwicklung von innovativen Ansätzen und Lösungen befördern soll;
- bekräftigt die Notwendigkeit, die begonnenen Anstrengungen zur Bekämpfung armutssoziozierter Infektionskrankheiten und vernachlässigter Tropenkrankheiten fortzuführen und wo nötig zu intensivieren;

- würdigt die Bedeutung von Netzwerken und Dialogplattformen zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030, um den interdisziplinären Austausch zu Erfahrungen, Aktivitäten und innovativen Lösungsansätzen zur Globalen Gesundheit zu vertiefen;
- kündigt an, verstärkt die in Deutschland vorhandene besondere Expertise und Best Practices, insbesondere in den Bereichen des öffentlichen Gesundheitsschutzes, der Gesundheitssicherheit, der Medikamenten- und Impfstoffentwicklung sowie von nationalen AMR-Strategien, in internationale Foren und Diskussionsprozesse einzubringen, unter anderem, um hierdurch die Prävention von und Reaktionsfähigkeit auf globale Gesundheitskrisen zu verbessern;
- bekräftigt, dass sich multilaterales Engagement im Bereich Globale Gesundheit als sehr effektiv erwiesen hat, wobei die WHO die einzige internationale Organisation ist, die universelle politische Legitimation in globalen Gesundheitsfragen genießt, und sichert daher weitere Unterstützung zur Stärkung der WHO zu, damit diese ihrer leitenden, koordinierenden und in Krisenfällen operativen Funktion in der Globalen Gesundheit vollumfänglich gerecht werden kann;
- unterstützt die Erstellung und Umsetzung des SDG 3 Aktionsplans unter Federführung der WHO sowie Einbeziehung aller relevanten Akteure, da es vermehrter Anstrengungen bedarf, um die gesundheitsbezogenen Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.